

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg., Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Osttrau, Porsdorf, Postelwitz, Prossen, Rathmannsdorf, Reinhardttsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Jnh. Walter Hiele
Verantwortlich: K. Rohrlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 85 mm breite Zeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg., Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“
„Aus der Welt der Frau“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 113

Bad Schandau, Montag, den 16. Mai 1927

71. Jahrgang

Für eilige Leser.

* Der neuernannte spanische Botschafter bei der Reichsregierung, Dr. Fernando Espinosa de los Monteros, ist am Sonntagvormittag in Berlin eingetroffen.

* In der Güterbahnhofshalle in Noisy de Sec bei Paris sind am Sonntag 20 beladene Waggons verbrannt. Der Sachschaden wird auf mehrere Millionen geschätzt.

* Das von der Schweizer Regierung gestern dem Volk zur Abstimmung unterbreitete eidgenössische Automobil- und Straßenverkehrsrecht ist verworfen worden. Die genaueren Abstimmungszahlen stehen noch aus. Auch das Gesetz über das Frauenstimmrecht, über das der Kanton Basel zum dritten Male abstimmt, wurde abgelehnt.

* Nach einer Meldung aus New York haben wegen des schlechten Wetters die amerikanischen Flieger den Flug nach Paris noch nicht angetreten.

Lehren des „schwarzen Börsentages“

Von einem namhaften Börsenkennner wird uns aus Berlin geschrieben: Auch wer bereits Jahrzehnte hindurch die Börse besucht, wer den Tag des Zusammenbruchs der Leipziger Bank erlebt hat, den Ausbruch des Balkankrieges, die deutsche Kriegserklärung Anfang August 1914, das furchtbare Ende des Weltkrieges und ähnliche Ereignisse an der Börse, wird sich nicht erinnern, jemals auch nur einen entfernt ähnlichen Kurssturz und eine derartige Panik in den Räumen der Börse gesehen zu haben, wie sie sich am 13. Mai 1927, einem in der Tat „schwarzen Freitag“, zugetragen haben. Erklärlich sind diese Vorgänge freilich nur, wenn man die ganzen Zusammenhänge kennt. Man muß sich der Tatsache entsinnen, daß die Börse sich seit geraumer Zeit schon in aufsteigender Linie bewegte, und zwar mit kurzen Unterbrechungen seit mehr als Jahresfrist; eigentlich seit dem Beginn des Jahres 1926. Immer größer war allmählich die Zahl derer geworden, die an dem Goldregen und Goldregen der Börse teilnehmen wollten. Aus diesem Grund wurde schon vor Monaten auf die Gefahr hingewiesen, die darin bestehe, daß immer weitere Kreise mühevolle Gewinne an der Börse erzielen wollten und daß auch zahlreiche Personen sich dort beteiligten, die weder Erfahrung noch Kenntnisse auf diesem Gebiete besaßen, die aber außerdem, was das Bedenklichste war, an der Bewegung teilnehmen wollten, obwohl ihnen auch die genügenden Mittel zum Kauf von nennenswerten Effektenmengen fehlten.

Die Banken und Bankfirmen gewährten indessen bereitwillig Kredit, und zwar in bestimmten Grenzen, die durch die verschiedenen Bankvereinigungen genau festgelegt waren und in denen man kein übermäßiges Risiko erblickte. Je höher aber die Kurse stiegen, um so größer wurde die Gefahr, und außerdem wurde das Publikum verlockt, nachdem ihm ein Geschäft gegliedert war, ein zuteil zu empfangen, alsdann ein drittes und so weiter, aber die Beträge auch nach Möglichkeit zu erhöhen.

Dadurch dehnte sich die Beteiligung am Börsengeschäft immer weiter aus und die Börse wurde für zahlreiche Leute der Mittelpunkt ihrer Interessen, weil sie hofften, dort zu großen Reichümern zu gelangen, die sie auf andere Weise niemals hätten erwerben können. Zwar wußte jedermann, daß einmal ein gewisses Ende der Bewegung kommen müsse und werde. Aber das konnte sich noch lange, lange Zeit hinauszuziehen, wie die meisten Leute hofften.

Ganz unvorhergesehen ist jedoch der Aufwärtsbewegung ein Ende bereitet worden, und zwar durch ein Nachwort des Reichsbankpräsidenten. Offenbar glaubte Reichsbankpräsident Dr. Schacht die deutsche Währung bedroht und in einer Versammlung sämtlicher Berliner Großbanken erklärte er, die Kredite bei Aktienkäufen an der Börse sowie die Beleihung von Aktien um 25 % zunächst eingeschränkt werden, später um einen weiteren Betrag. Das mußte ohne weiteres den Anstoß zu einem vollkommenen Zusammenbruch an der Börse geben; denn die ganze Börsenlage war im wesentlichen auf Kredit aufgebaut, und wer also keine Möglichkeit hatte, seine gekauften Effekten zu bezahlen, mußte an den Verkauf denken, weil die Bank ihm nicht mehr den bisher gewährten Kredit geben konnte.

Es wurde gewissermaßen die Parole ausgegeben: „Nette sich, wer kann!“ Verkaufen um jeden Preis war die Losung, verkaufen, um nicht später zu vielleicht noch schlechteren Kursen verkaufen zu müssen. So kam es denn zu Kursrückgängen von 50, von 80, von 100 % und darüber. Ungeheure Verluste sind entstanden, natürlich nicht etwa für die Börse allein, sondern für weitestehende Kreise, die sich haben verleiten lassen, den Lockungen der Börse zu folgen und dort ihr Glück zu versuchen. Wie ungeheuer groß die Gefahren sind, die jedermann und besonders dem Unkundigen beim Börsengeschäft drohen, hatte kein Mensch vorher recht bedacht; alle Welt wollte nur verdienen und reich werden.

Anstatt dessen sind die meisten viel ärmer geworden, wenn sie nicht rechtzeitig verkauft hatten, und die Börse hat sich wieder einmal als ein trügerischer Boden, als eine Gefahr für weitestehende Kreise erwiesen, die ihren Lockungen gefolgt sind und nun anstatt der erträumten Gewinne schwere Verluste erlitten haben.

Die Lehren des „schwarzen Freitag“ werden aber noch lange nachwirken und es dürfte geraume Zeit dauern, bis die Millionen von Leidtragenden diesen Tag und seine Verluste verschmerzt und vergessen haben werden. (E. M.)

Verschiedentlich verbreitete Meldungen, wonach der Druck der Reichsbank auf die Banken zur Einschränkung der Börsenkredite auf einem zustimmenden Kabinettsbeschluss beruhe, trifft, wie verlautet, nicht zu. Insbesondere hat das Kabinett keinen Beschluss in der Richtung gefasst, gegebenenfalls auf dem Wege des gesetzlichen Zwanges gegen die Banken vorzugehen. Das Kabinett hat lediglich einen Vortrag des Reichsbankpräsidenten über die Angelegenheit zur Kenntnis genommen. Auch die Behauptung, daß bei dieser Gelegenheit Übereinstimmung der zuständigen Ressortminister mit dem Reichsbankpräsidenten festgestellt wurde, ist nicht richtig.

Die Londoner Sowjetkafes gesprengt

Den Vermutungen der Londoner Polizei ist es, wie „Daily News“ meldet, gelungen, bisher drei Gefährliche zu sprengen. Die darin vorgefundenen Dokumente wurden einer besonderen Abteilung zur Bearbeitung übergeben. „Daily Telegraph“ meldet, daß sich in einem Safe Fische und Stühle gefunden hätten, woraus geschlossen wäre, daß diese zu geheimen Versammlungen benutzt worden seien. Aber den Grund der Durchsuchung wird noch immer von den Londoner Behörden strenges Stillschweigen bewahrt. Selbst die Neugierde einiger englischer Abgeordneter, die im Unterhaus die Regierung mit Fragen über die Durchsuchung in den russischen Büroräumen beströmten, wurde nicht befriedigt. Sie wurden vielmehr auf den Beginn dieser Woche vertröfelt, wo dem Unterhaus dann das Ergebnis der Durchsuchung und der Grund für das Vorgehen der englischen Polizei bekanntgegeben werden sollen.

Empörung in Moskau.

In einer eingehenden Betrachtung über die Hausdurchsuchung der englischen Polizei in den Räumen der Arcos schreiben „Iswestija“, die durch das Beklinger Weispiel angeregte Londoner Überfall sei der Beginn einer Wirklichkeit der in der Chamberlain-Note enthaltenen Androhungen eines Abbruchs der Beziehungen. Der Londoner Überfall, so führt das Blatt weiter aus, verfolge auch der Weltwirtschaftskonferenz einen schweren Schlag, zu der auf Betreiben der „Mächte“, einschließlich Englands, die Sowjetunion gezogen wurde, weil ohne ihre Teilnahme der Wiederaufbau des europäischen Wirtschaftslebens unmöglich sei. Die englischen Handels- und Finanzkreise müßten erkennen, daß sie durch den Wegfall des russischen Marktes, der im Zusammenhang mit der beginnenden Durchführung des Industrialisierungsplanes besondere Bedeutung gewinnt, viel größere Einbuße erleiden werden als die Sowjetunion, denn dieser stünden zahlreiche Konkurrenten Englands zur Verfügung.

Russische Repressalien gegen England.

140 Zentner Dokumente beschlagnahmt. Gegen das Vorgehen der Londoner Polizei gegen die russische Handelsgesellschaft Arcos wird Russland wirtschaftliche Repressalien ergreifen. Es heißt, daß alle geplanten Aufträge für England fallengelassen und die diesbezüglichen Verhandlungen sofort abgebrochen werden sollen. Weiter verlautet, daß diese geplanten Bestellungen größtenteils nach Deutschland geleitet werden sollen. Als Protest gegen die Vorgänge im Gebäude der Arcos in London finden überall in der Sowjetunion Versammlungen und Demonstrationen statt. In Moskau wurden nach Arbeitschluss in den Betrieben Versammlungen abgehalten, in denen von der Sowjetregierung entsprechende Maßnahmen verlangt werden. Die Gebäude der englischen Botschaft werden durch verstärkte Milizangehörige bewacht, die die Demonstrationen, die ins Gebäude einzudringen versuchten, zurückdrängten. Die Demonstrationen verliefen bisher ruhig. Die Teilnehmer beschränkten sich auf gelegentliche Rufe nach Freiheit und Pfiffe. Es wurden in den Rufen Plakate getragen, die sich hauptsächlich gegen Chamberlain richteten.

Wie die „Evening News“ zu melden weiß, ist von der Londoner Polizei unter den beschlagnahmten Papieren ein überaus wichtiges englisches Staatsdokument gefunden

worden, das man seit mehreren Monaten vergeblich gesucht habe. Die meisten Dokumente liegen aber in Schiffraten vor und müssen erst mühsam von Sachverständigen und Sprachwissenschaftlern entziffert werden. Wahrscheinlich werden sie mit den anderen beschlagnahmten Papieren, die ein Gewicht von etwa 140 Zentnern haben, nach dem Hauptquartier der Londoner Kriminalpolizei gebracht werden, wo sie dann bearbeitet werden können.

Verwirrung im englischen Kabinett?

London, 15. Mai. Wie der diplomatische Korrespondent des Observer meldet, werden morgen im Unterhaus wichtige Erklärungen über die Durchsuchung des Arcos-Gebäudes abgegeben werden. Unentschieden sei die Frage, ob der Innenminister oder der Außenminister sprechen werde. Daraus könne man schließen, daß in der Wallstreet Verwirrung herrsche. Bekannt sei, daß das Außenministerium vor der Durchsuchung nicht gefragt worden sei. Scotland Yards und das Innenministerium hätten wohl geglaubt, der Ueberfall würde keine diplomatische Bedeutung haben. Durch die Arbeit der Polizei und des Innenministeriums werde das Auswärtige Amt gezwungen, seine Außenpolitik gegenüber Rußland offen darzustellen, und zwar in einem Augenblick, in dem es besondere Gründe hätte, Zurückhaltung zu üben. Das völlige Schweigen aller amtlichen britischen Kreise während des Wochenendes sei ein Zeichen für das Dilemma, in das die britische Regierung durch ihren Mangel an Zusammenarbeit geraten sei. Ob Scotland Yards im Gewölbe der Arcos oder in den Gewölben der Handelsdelegation gewisse Dokumente finde oder nicht, auf alle Fälle sei das britische Kabinett gezwungen, zu erwägen, ob der Ueberfall auf das amtliche russische Gebäude vereinbar sei mit den Beziehungen zu Moskau. Die Meinungsverschiedenheiten hätten anscheinend jetzt ihren Höhepunkt erreicht.

Die russische Note an England fertiggestellt.

Riga, 15. Mai. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist die russische Note an die britische Regierung in der Arcos-Angelegenheit bereits fertiggestellt. Sie wird wahrscheinlich heute oder morgen entweder dem englischen Geschäftsträger in Moskau überreicht oder durch den russischen Geschäftsträger in London dem britischen Auswärtigen Amt ausgehändigt werden. Die Note stellt fest, daß die britische Regierung auch nach dem letzten bekannten Notenaustausch weiterhin eine feindliche Politik gegen die Sowjetunion geföhrt habe, während die Sowjetregierung sich die größte Mühe zur Verbesserung der englisch-russischen Beziehungen gegeben habe. Die Sowjetregierung sei gezwungen, alle Maßnahmen zum Schutz vor den Intrigen der englischen Diplomatie zu ergreifen. Von einer Kündigung des russisch-englischen Handelsabkommens wird in der Note nicht gesprochen.

Gegen die widerrechtliche Besetzung.

Eine Entschließung des Rheinischen Städtetages. Auf dem in Godesberg zusammengetretenen Rheinischen Städtetag wurde folgende Entschließung zur Rheinlandsfrage gefaßt:

„Der Rheinische Städtetag gibt seiner lebhaften Entschiedenheit und Entrüstung darüber Ausdruck, daß trotz allem redlichen und opferwilligen Entgegenkommen des Reiches die fremde Besetzung noch immer auf rheinischem Boden steht und eine große Zahl rheinischer Städte weiter lähmt und bedrückt. Nach Artikel 431 des Friedensvertrages hat Deutschland einen Rechtsanspruch auf sofortige Zurückziehung der Besetzungstruppen. Entgegen dieser klaren Rechtslage machen die Besetzungsmächte keinerlei Anstalten, das besetzte Gebiet militärisch zu räumen. Vielmehr deuten alles darauf hin, daß diese widerrechtliche Besetzung von ihnen noch lange Zeit fortgesetzt werden soll. Nicht einmal die von den Mächten zugesicherte sofortige Herabsetzung der Besetzungszahl auf die deutsche Friedensgarnisonstärke ist erfolgt.“

Der Rheinische Städtetag verlangt mit dem ganzen Rheinlande endlich die Erfüllung des deutschen Rechtsanspruchs. Er bittet die Reichsregierung, mit allem Nachdruck bei den Besetzungsmächten darauf zu dringen, daß dem Rheinlande endlich und ohne weitere deutsche Gegenleistungen die Freiheit werde, die ihm nach den internationalen Abmachungen völkerrechtlich zusteht.“

Der Temps beruhigt.

„Doumergues Besuch nur ein Höflichkeitsakt.“

Paris, 15. Mai. Nachdem noch gestern die ganze nationale Presse auf die besondere Bedeutung der Reise des Staatspräsidenten Doumergues nach London und die bei dieser Gelegenheit stattfindenden Unterredungen Briand-Chamberlain in der Frage der Räumung des Rheinlandes hinwies, giebt sie heute Waller in den Wein und erklärt, die Reise stelle nichts anderes dar als einen Höflichkeitsakt. In gewissen ausländischen Kreisen, so schreibt der Temps, wolle man in der Anwesenheit Doumergues in London den Ausgangspunkt einer neuen fran-